

Der **Lübecker Volksbote** erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgehaltene Zeile oder deren Raum 3,00 Mk., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



**TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK**

# Lübecker Volksbote

Nr. 31. Montag, den 6. Februar 1922. 29. Jahrgang.

## Verhandlungen im Eisenbahnerstreik.

Berlin ohne Licht und Wasser.

Berlin, 6. Februar. (Eigener Telephondienst.)

Auch der Sonntag hat nur unwesentliche Änderungen in der Streiklage gebracht. Die Erwartung des Reichsverkehrsministeriums, daß der Streik durch die Isolierung der Reichsgewerkschaft zusammenbrechen würde, ist nicht in Erfüllung gegangen, wenn auch an einzelnen Stellen die Streikenden zur Arbeit erschienen. Dieses geringe Plus wurde durch den

### Eintritt der badischen Eisenbahner in den Streik

glatt erledigt. Die uneingeschränkte Weiterführung des Streikes, ja die teilweise Verschärfung sind als Zeichen dafür anzusehen, daß die Streikenden von ihrem guten Recht überzeugt sind, und daß mit einer längeren Streikdauer zu rechnen wäre, wenn eine Vermittlungsaktion dem gegenwärtigen Zustand nicht bald ein Ende machen würde. Eine Vermittlungsaktion ist um so mehr angebracht, als der Schritt der Gewerkschaften nicht den notwendigen Erfolg hatte und leider auf Seiten der Reichsgewerkschaft wie auf Seiten der Regierung nicht immer ganz richtig gehandelt worden ist.

Von dieser Überzeugung ausgehend, hat der sozialdemokratische Parteivorstand die schwierige Aufgabe übernommen, die beteiligten Seiten einander näher zu bringen. Schon am Sonnabend nachmittag haben Verhandlungen zwischen Parteivorstand und dem Reichskanzler stattgefunden, die ergaben, daß dem Reichskanzler eine Einigung auf gesunder Basis erwünscht ist. Die Genossen Herrmann Müller und Otto Wels verhandelten deshalb anschießend an diese Besprechung im Namen des Parteivorstandes mit führenden Mitgliedern der Reichsgewerkschaft über die Differenzpunkte. Die Besprechungen führten nur zu einem vorläufigen Ergebnis und wurden deshalb am Sonntag morgen 10 Uhr fortgesetzt. Man einigte sich auf Beschlüsse, das in einer Kabinettsitzung, an der von der Sozialdemokratie die Genossen H. Müller und Wels, vom Zentrum Spahn und Wulfflin und von den Demokraten Cretzschmann teilnahmen, vorgetragen wurde. Trotz aller Bemühungen unserer Parteiführer, zu einem Ziele zu gelangen, ergaben sich in der Kabinettsitzung große Schwierigkeiten, zumal mehrere Minister nicht nur die Verhandlung mit der Reichsgewerkschaft ablehnten, sondern überhaupt jedem Verhandeln schroff gegenüberstanden. Schließlich einigte man sich dahin, heute, Montag, morgen 10 Uhr mit dem Beamtenschaftsbund, dem die Reichsgewerkschaft angeschlossen ist, Verhandlungen über die Beilegung des Streikes zu führen. Daß man zur Führung von Verhandlungen für die Reichsgewerkschaft den Beamtenschaftsbund heranzieht, ergibt sich aus dem Umstand, daß die Post- und Telegraphengewerkschaft den streikenden Eisenbahnern äußerst nahe steht.

Die Verhandlungen werden sich hauptsächlich auf die sachlichen Forderungen der Reichsgewerkschaft beziehen. Ueber die Ansprüche dieser Gewerkschaft sind der Öffentlichkeit falsche Mitteilungen gemacht worden. Es trifft nicht zu, daß die Streikleitung irgendwelche Änderungen vom Reichsverkehrsministerium und andere radikale Maßnahmen verlangt, sondern sie fordert, daß keine Verlängerung der Arbeitszeit und eine gerechtere Regelung der Lohnforderung eintritt. Ueber diese beiden Streitpunkte wird heute verhandelt werden. In Anbetracht der schwierigen Lebensmittelversorgung, in der sich ein Teil der Großstädte befindet und angesichts dessen, daß viele große Betriebe infolge Kohlenmangels ihre Beschäftigung nicht aufrechterhalten können, erwartet man in maßgebenden Kreisen, daß die Besprechungen zwischen Regierung und Beamtenschaft bald zu einer Verständigung führen und die Reichsgewerkschaft in aller Kürze den Streikabbruch proklamieren wird.

Vorläufig geht der Streik weiter. Sobald eine Einigung erzielt und die Streikparole rückgängig gemacht ist, wird die Verordnung des Reichspräsidenten automatisch zurückgezogen. Mit einem regelmäßigen Zugverkehr wird aber trotzdem vor Ende dieser Woche kaum zu rechnen sein.

## Streik in den Berliner städtischen Betrieben.

SPD. Berlin, 6. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Ein Häuflein Radikalgestinnter in Berlin hat es abermals fertig gebracht, Berlin in Dunkelheit zu versetzen, den Kranken Licht und Wasser zu entziehen (nur das Aquarium wird bedient, damit die Krokodile nicht verenden) und der Öffentlichkeit jede Möglichkeit zur dringenden Beförderung auf den elektrischen Bahnen zu nehmen. Seit Sonntag vormittag 4 Uhr haben die Elektrizitätswerke die Belieferung des Stromes eingestellt. Seit 6 Uhr ruht die Gas- und Wasserversorgung. Mancher alte Familienvater steht stundenlang in der Kälte um einen Eimer Wasser. Man sah an einigen Stellen lange Promenaden solcher Wasserhörer von früh bis zum späten Abend.

Der Streikrunder ist geradezu lächerlich. Während der Magistrat den Schiedspruch des Reichsarbeitsministers anerkennt, der eine Verlängerung des bestehenden Mantelgesetzes bis zum 30. 6. 22 vorseht, verlangen die Streikenden die Verlängerung bis zum 31. Dezember, obwohl der Magistrat bereit ist, in den ersten Märztagen auch über diese Verlängerung zu verhandeln.

Der „Vorwärts“ bezeichnet den jüngsten Zustand in Berlin als einen Streik gegen Berlin und einen selbstmörderischen Wahnsinn. Auch die „Freiheit“ nennt den Zustand ein unverantwortliches Unternehmen, das allen gewerkschaftlichen Grundfäden widerspricht. Der Berliner Polizeipräsident hat noch keine Maßnahmen getroffen. Er erwartet, daß die einsichtigen Arbeiter eine weitere Auswirkung verhindern. Die Technische Nothilfe ist aufgeboten. Von bürgerlicher Seite wird ein Gegenstreik erwogen.

## Verhärfung des Streiks in Hamburg.

Die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben in Abmahnung erfolgter Mahngelungen, die wegen Verweigerung von Streikarbeit stattfanden, den Streik der Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes für Groß-Hamburg beschlossen. Durch diesen Streikbeschluss ist die Lage für die übrige Arbeitnehmerchaft nicht verändert. Die gewerkschaftliche Disziplin erfordert, die bisherige Neutralität zu bewahren, von Betriebsabschlüssen abzusehen und die kommenden Parolen der Spitzenverbände abzuwarten.

Die Betriebsarbeiter und Angestelltenräte, Gewerkschaftsvorstände und Delegierten zum Ortsausschuss werden in einer am Dienstag, 7. Februar, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindenden Vollversammlung zum Eisenbahnerstreik Stellung nehmen.

Ortsartell des Allgemeinen freien Angestelltenbundes. Ortsausschuss des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale Groß-Hamburg.

Auf Grund des Abwehrstreiks der Eisenbahner richtete der Ortsausschuss des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes an seine Berliner Zentrale folgende Telegramme: „Deutscher Eisenbahnerverband ruft den Streik beschloffen, da Mitarbeiter wegen Verweigerung von Streikarbeit an zwei Betriebswerkstätten gemahnt. Angebotene Nothandarbeiten des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurden von Eisenbahndirektion Altona abgelehnt. Große Sympathie für die Eisenbahner vorhanden.“

## Der Streik in Mecklenburg.

Im Auftrage der Eisenbahn-Direktion Schwerin wird uns vom Hauptbahnhof Rostock mitgeteilt: „Trotz des teilweise ausgebrochenen Streiks der Eisenbahn-Beamten wird im diesseitigen Bezirk der Betrieb, insbesondere zur Beförderung lebenswichtiger Güter, soweit wie möglich aufrechterhalten. In wieweit auf den einzelnen Strecken die Annahme und Abbeförderung bewirkt werden kann, ist jedoch ungewiß. Es empfiehlt sich deshalb dringend, vor der Anlieferung auf der betreffenden Station Erkundigungen einzuziehen. Bei weiteren Einschränkungen des Betriebes werden zur Beförderung nur angenommen werden können: Lebensmittel, Vieh, Feuerungsmaterialien, Benzol, Maschinenteile, Apothekerwaren, Zeitungsdrukpapier. Der Verkehr wird voraussichtlich auch nach den Stationen der Lübeck-Büchener Eisenbahn (also nach Güterbahnhof Hamburg-B. B.) über Lübeck und der Lübeck-Gütiner Bahn, sowie nach der Strecke Neubrandenburg-Friedland aufrecht erhalten sein. Hierfür ist einweisen auch die Annahme von Lebensmitteln, Vieh und Milch nach Berlin über Neubrandenburg zugelassen. Im übrigen ist der gesamte Zugverkehr nach Stationen außerhalb des diesseitigen Bezirks gesperrt.“

## Ein Aufruf der Reichsgewerkschaft.

Berlin, 4. Februar.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten verbreitet durch Flugblätter einen Aufruf, in dem es heißt: „An alle deutschen Beamten, Arbeiter und Angestellten! Die Leitung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter hat mit Verwunderung von dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings und des Afa-Bundes Kenntnis genommen und sieht sich zu folgender Erklärung veranlaßt: Wir können uns das Zustandekommen dieses über-eilten Aufrufs nur damit erklären, daß die Leitungen der genannten Verbände die bekannte Sachlage auf Grund völlig falscher Informationen beurteilt haben. Das von Stunde zu Stunde sich weiter verstärkende Heer der mit uns im Kampfe stehenden Beamten, Arbeiter und Angestellten ist nicht für eine Sonderbestrebungen allein in den Streik getreten, denn mit der Verbesserung der bedauernden Lage der Arbeiter- und Beamtenschaft wird selbstverständlich auch eine Besserung aller Arbeitnehmer erreicht werden. Solchen Zielen entgegenzuarbeiten ist allenfalls Sache der kapitalistischen Organisationen, niemals aber die Aufgabe großer Arbeitnehmerverbände.“

Wir kämpfen für den bei der Reichseisenbahn im gesetzlichen Verordnungswege bereits teilweise beseitigten Achtstundentag, weil jede willkürliche Verlängerung des normalen Arbeitstages die unausbleibliche Folge nach sich ziehen würde, daß zehntausende Arbeitnehmer aller Berufe auf die Straße gesetzt würden. Wir kämpfen um die gesetzliche automatische Ausgleichung der Löhne und Gehälter an die steigende Wertung des Geldes. Diese Forderungen sind die ureigensten und brennendsten Forderungen nicht nur unserer eigenen Kollegen, sondern jedes deutschen Beamten, Arbeiters und Angestellten. Unser Kampf ist daher ein Kampf auch für die Interessen der obenerwähnten Organisationen der Arbeitnehmer.

Fünf volle Tage hindurch war sowohl der Reichsregierung als auch den Unterzeichnern des Aufrufs der Streikentschluss der Reichsgewerkschaft genau bekannt. Trotzdem aber hat keine einzige dieser Stellen Schritte unternommen, um die dringend notwendige Sicherung des Achtstundentages und die geforderte maßvolle Einkommenserhöhung, verbunden mit der gleitenden Lohn- und Gehaltsstufala herbeizuführen und damit einen Streik überflüssig zu machen. Die Starr ablehrende Haltung der Regierung und die Gleichgültigkeit der jetzt mit dem gerade arbeitnehmerfeindlichen anmutenden Aufruf hervorgetretenen Verbände haben die Katastrophe des Eisenbahnerstreiks lebenden Auges heraufbeschworen.

Nachdem wir vorliegend die alle deutschen Arbeiter ausnützte verächtlich berührenden Streikziele und die Streikursachen nochmals für jedermann dargestellt haben, erwarten wir von dem ehrlichen Verantwortungsbewußt und Pflichtbewußtsein, welches auch die Leitungen der der Aufruf zeichnenden Verbände ihren Mitgliedern gegenüber nicht leugnen können, daß sie den beklagenswerten, die gesamte Arbeitnehmerbewegung schwer schädigenden Aufruf vom heutigen Morgen zurücknehmen werden.

Uns werden weder von der kapitalistischen Presse mit Behagen abgedruckte Aufrufe noch Drohungen, Ausnahme-Verordnungen und „Befehle“ in unserem Entschluß wankend machen, den für unsere Kollegenchaft und damit zugleich für alle Arbeitnehmer Deutschlands begonnenen Kampf bis zum Sieg des berechtigten genug geforderten guten Rechts mit steigender Energie durchzuführen.

## Der englisch-französische Wettkampf.

Paris und London arbeiten mit vorgespannten Kräften an der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung Europas. Aber der Quai d'Orsay und die Downing Street arbeiten nicht Hand in Hand, nicht einmal parallel. Erst unterirdisch, schließlich ganz offensichtlich, arbeiten sie gegeneinander. Und dieses Ringen, in dem die anderen Völker Preis und Einfluß sind, trägt die leidenschaftliche Spannung eines Wettkampfes in sich.

Paris hat vor London einen erheblichen Vorsprung voraus, denn es begann viel früher und zielbewußter zu arbeiten. Aber England hat inzwischen diesen Vorsprung fast wettgemacht und ist dem Quai d'Orsay gegenwärtig dicht auf den Fersen. Es geht jetzt hart auf hart.

In Paris begann man bereits 1915, vielleicht schon etwas früher, jedenfalls in dem Augenblick, als es klar war, daß Deutschland den Krieg nicht mehr gewinnen konnte und als man in Paris hoffen konnte, mit Hilfe neuer Bundesgenossen den Krieg siegreich zu beenden. Von diesem Augenblick an begann man zielbewußt an einer Umgestaltung Europas zu arbeiten. Das Ziel war die politische Hegemonie Frankreichs auf dem Festlande. Die Mittel waren die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns in sogenannte Nationalstaaten, die man damit zu Vasallen Frankreichs zu machen gedachte, die Isolierung und Verkleinerung Deutschlands und womöglich dessen Auflösung in unabhängige Kleinstaaten. Dazu gehörte die Annetierung von Elsass-Lothringen und des linken Rheinufers, die Abtrennung Schleswig-Holsteins, Ost- und Westpreußens, Polens und Oberschlesiens. Die letzteren Gebiete sollten dem unter russischer Oberhoheit stehenden Großfürstentum Polen einver-



und des Landes verwiesen wurden — nachdem man von der Beschäftigung in die Festgebiete von Turkestan auf die durch den Hungerstreik veranlaßte Proteste des Anstandes Abstand genommen hatte — erneut wieder ins Gefängnis geworfen, soweit sie in der kurzen Zeit nicht in der Lage waren, ihr Papiervolumen zu besorgen. Den in kommender Woche neu zu wählenden Moskauer Sowjet will man eben wieder „einstimmig“ aus Kommunisten zusammengesetzt haben. (Freiheit).

## Die Reformen in Rußland.

Die Reformarbeit, die Rußland zu leisten hat, um auf dem Weltmarkt als kreditwürdiger Partner aufzutreten zu können, beherrscht auch weiter im Sowjetstaat das öffentliche Interesse. Zwei Dinge sind es vor allem, über die Klarheit geschaffen werden muß, ehe Sowjetrußland seine normalen Beziehungen zu der Außenwelt wieder aufnehmen kann: die rechtliche Stellung des einzelnen und seines Eigentums und die Bedingungen, unter denen ein geregelter Waren-Verkehr stattfinden kann. Wir berichteten bereits, daß sich der allrussische Juristentkongreß mit der ersten dieser Fragen beschäftigt werde. Der Kongreß ist nunmehr zusammengetreten. Es ist nicht uninteressant, zu erfahren, was der Volkskommissar für Justizwesen Kursti bei dieser Gelegenheit in seiner Eröffnungsrede ausführte. Er sagte u. a.: „Unsere Aufgabe ist es, mit dem Aufbau unseres Justizwesens zu beginnen und vor allen Dingen den Gedanken eines einheitlichen Weltgerichts zu verwirklichen. Unsere internationalen Beziehungen erfordern die Lösung einer Reihe rein praktischer Fragen auf dem Gebiete des Handelsverkehrs und der Kreditoperationen, wo Garantien für das Eigentum der Ausländer festgelegt werden müssen. Die neue Wirtschaftspolitik erfordert die Schaffung eines Zivilrechtes auf fester Grundlage. Die Beziehungen zu der Privatindustrie und dem Privathandel müssen geregelt werden, wie auch die Formen der Landnutzung. Die Gesetze über Arbeiterschutz müssen nicht nur die Interessen der Arbeiter wahren, sondern auch die der staatlichen Betriebe.“ Das sind Worte, wie man sie auch schon auf dem Kongreß der Sowjets im Dezember vorigen Jahres hörte. Am wichtigsten unter den heutigen Umständen ist die Forderung, das Privatrecht wiederherzustellen. Allerdings wird es schwerer sein, den Weg in die Praxis zurückzufinden, als die alten Gesetzestexte aus der Kumpelkammer hervorzuholen. Interessant ist die Ankündigung über das Arbeiterschutzgesetz, das in erster Linie die staatlichen Betriebe sicherstellen soll.

Wie dieser Schutz gedacht ist, geht aus den kürzlich veröffentlichten Richtlinien des Zentralkomitees der russischen Kommunistischen Partei hervor, die sich auf die Gewerkschaftspolitik beziehen und die unter Mitwirkung Lenins geschrieben wurden. Es heißt darin, den Gewerkschaften käme die Aufgabe zu, gegen die Bürokratie, die Fehlgriffe und Uebertreibungen der staatlichen Wirtschaftsorgane anzukämpfen. Das dürfte indessen weder durch Streiks, die einen Kampf gegen den proletarischen Staat bedeuten würden, noch durch Eingriffe in die Betriebsverwaltung, sondern lediglich durch vermittelnde Tätigkeit der Gewerkschaften erfolgen. Die Streiks in der staatlichen Industrie, die infolge der Rückständigkeit einzelner Arbeitergruppen, durch gegenrevolutionäre Verhetzung oder mangelnde Umsicht der Gewerkschaften ausbrechen könnten (!) müßten schleunigst liquidiert werden. Damit wird den Arbeitern und Angestellten in den staatlichen Betrieben Sowjetrußlands das Streikrecht entzogen. Auch im übrigen sind die Richtlinien durchaus bemerkenswert. Sie gehen davon aus, die Umstellung der Wirtschaft erfordere eine Belebung der Gewerkschaften. Der Klassenkampf gegen das Privatkapital sei von neuem aufzunehmen. Der Beitritt der Arbeiter zu den Gewerkschaften dürfe fortan nur freiwillig erfolgen, da der gewerkschaftliche Organisationszwang zum Bürokratismus innerhalb der Gewerkschaften und zu ihrer Entfremdung von den Arbeitern geführt habe. Politischen Fragen gegenüber müßten sich die Gewerkschaften ebenso wie in der Frage der Religion neutral verhalten und dürften keinesfalls eine bestimmte politische Einstellung von den Mitgliedern verlangen. Alle Eingriffe der Gewerkschaften in die Verwaltung auch der privaten Betriebe, die viel Schaden angerichtet hätten, müßten aufhören, und die Fragen der Entlohnung usw. dürften lediglich durch Verhandlungen der Parteien und nicht mehr durch einseitige Verfügungen geregelt werden. Die Konzessionen, die hier an das Privatkapital gemacht werden, sind in der Tat so weitgehend, wie man es von kapitalistischer Seite nur immer wünschen kann. Die rechtliche Stellung der russischen Arbeiter dem Privatkapital gegenüber wird sich in Zukunft durch nichts von der Stellung des westeuropäischen Arbeiters unterscheiden. Wir stellen das ohne Spott fest, glauben aber die Frage nicht unterdrücken zu dürfen, ob es wirklich notwendig war, durch ein so ungeheures Meer von Blut und Tränen zu waten, um an dieser Stelle wieder zu landen. Wir glauben ferner feststellen zu können, daß die Stellung der in der zweiten Internationalen vertretenen Arbeiter bei weitem machtvoller und gestützter ist, als die der Arbeiter in Sowjetrußland. In den Richtlinien wird ja selbst zugegeben, daß sich Sowjetrußland auch seine Gewerkschaften zunächst einmal von neuem schaffen muß. Hier dürfte sich unseren menschewistischen Genossen in Sowjetrußland außerhalb jeder Politik ein vorzügliches Arbeitsfeld eröffnen, wie es überhaupt die Frage ist, ob hinter den sozialen Aufgaben im Sowjetstaat nicht jeder Streit um politische Ziele zurückgehen sollte. Eine praktische Mitarbeit in der Gewerkschaftsbewegung wird durch die hoffentlich nicht nur auf dem Papier stehende Bestimmung in den Richtlinien gewährleistet, daß jeder parteipolitische Gesichtspunkt innerhalb der Gewerkschaften ausgeschaltet werden soll.

Mit besonderem Eifer hielt die Sowjetregierung bislang an dem Außenhandelsmonopol fest, das für eine staatliche Oberhoheit auf wirtschaftlichem Gebiet Gewähr leisten sollte. Wir bezweifelten seinerzeit, ob sich dieses Monopol in der beabsichtigten Starrheit durchführen lassen werde. Auch in Sowjetrußland selbst scheinen diese Zweifel nunmehr die Oberhand zu gewinnen. Der stellvertretende Volkskommissar für Außenhandel Leshama, der bisher mit besonderer Entschiedenheit für die Beibehaltung des staatlichen Monopols eingetreten war, schreibt in den Berichten seines Kommissariats: „Es ist klar, daß wir den privaten Verbraucher nicht nach den gleichen Methoden mit Auslandswaren versorgen können, wie die staatlichen Institutionen. Es müssen daher unbedingt für den Privatmarkt passendere Formen und ein weniger schwerfälliger Apparat

geschaffen werden.“ Das sowjetamtliche Wirtschaftsblatt „Ökonomische Zeitschrift“ knüpft an diese Aeußerung an und erblickt die neuen Formen in der Bildung von Aktiengesellschaften und Export-Import-Gesellschaften, die einerseits aus den interessierten Trufts, Syndikaten, in- und ausländischen Firmen, andererseits aus Vertretern des Staates, d. h. des Außenhandelskommissariats, bestehen müßten, wobei den letzteren ein überwiegender Einfluß zu sichern wäre. Ob das gelingen würde, ist allerdings die Frage. Immerhin wäre es ein interessantes Experiment, eine in dem vollwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Leben Rußlands verankerte Kammer für den Außenhandel zu schaffen und so das Sowjetssystem, das mehr sein könnte als eine sowjetami-

liche Kasse, weiter auszubauen — innerhalb einer privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Zum Schluß seien in diesem Zusammenhang einige Vergleichsziffern für den Import Rußlands 1921 und 1922 angeführt, die, dem oben erwähnten Blatt entnommen, ein anschaulicheres Bild vom Niedergang Rußlands ergeben, als Schilderungen von Augenzeugen es vermögen. Rußland führte im Jahre 1921 ein: für den Bedarf der Bergwerke für 62 Millionen Rubel, 1922 dagegen in neun Monaten nur für 4 Millionen Rubel; für die Metallindustrie 373 bezw. 38,5 Millionen; Textilindustrie 147 bezw. 50,6 Millionen; Lebensmittelindustrie 338 bezw. 18,7 Millionen und für andere Industriezweige 220 bezw. nur 75,7 Millionen.

# Volkswirtschaft.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Aussichten der Konferenz in Genua. — Sentung der Preise für die Lebenshaltung. — Amerika und England. — Höhere Gewinne für die deutsche Landwirtschaft. — Die Konzernbildung in der deutschen Industrie.

Die Wirtschaftskonferenz von Genua, die sich mit dem Problem beschäftigen soll, wie in den Industrie- und Handelsstaaten ein Ausgleich möglich ist, und durch welche Maßnahmen der Absatzmarkt, der in Europa verloren gegangen ist, wiedergewonnen ist, wird durch die Zurückhaltung Amerikas nahezu in Frage gestellt. Ohne die Mitwirkung Amerikas ist eine Behebung der finanziellen und wirtschaftlichen Anordnung auf dem Weltmarkt nicht denkbar. Allerdings wird man verstehen, wenn der größte Gläubiger der europäischen Industrie- und Handelsstaaten, Amerika, gewisse Sicherheiten haben will für die Wirksamkeit einer Hilfsaktion. Die Anforderungen, die Amerika stellt, daß die europäischen Staaten, insbesondere Frankreich, ihren Rüstungsbeitrag herabsetzen, damit die Kräfte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau frei werden, ist durchaus begründet und es könnte mit demselben Rechte die Anforderung an Polen und Rußland gestellt werden; denn wenn es richtig ist, wie kürzlich in sehr bestimmter Form gemeldet wurde, daß Rußland gegenwärtig noch 4 Millionen aktives Militär auf den Beinen hält, so würde unter einer solchen Belastung der russische Aufbau nahezu zur Unmöglichkeit werden. Das gleiche gilt für Polen, das bis vor kurzer Zeit noch nahezu eine Million stehendes Heer zur Verfügung hatte. Unter diesen ungünstigen Verhältnissen müssen die Aussichten für Genua, wenn Amerika nicht beteiligt ist, als wenig hoffnungsfreudig gewertet werden.

Die Finanz- und Wirtschaftslage der großen führenden Staaten auf dem Weltmarkt entfernt sich, wenn wir von deutschen Verhältnissen aus die Dinge betrachten, immer mehr von einem Ausgleich, da die Unterschiede sich fortgesetzt verschärfen. Der Außenhandel Amerikas und Englands, um nur die beiden bedeutendsten Industrie- und Handelsstaaten zu nennen, die auch für den deutschen Außenhandel von großer Bedeutung sind, hat im letzten Jahre erhebliche Rückgänge aufzuweisen. Allerdings gibt die Außenhandelsstatistik Amerikas einen starken Ausfuhrüberschuß an; aber der Gesamtmarkt ist doch sehr ins Stoden geraten und erklärt zugleich den ungeheuren Umfang in der Arbeitslosigkeit. Amerika ist dazu übergegangen, unter starkem Druck die Warenpreise herabzusetzen, um damit wieder zu normalen Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden, zu kommen. Von ihrem Höchststand im Jahre 1920 sind die Preise für landwirtschaftliche Produkte um 33,7 v. Hundert, für Kleidung um 47,8, für Baumaterial um 42,2, für Möbel um 41,2, für Metalle um 39,0, für Heizung und Beleuchtung um 34,5, für Chemikalien um 27,0 v. Hundert zurückgegangen.

Der Rückgang der Preise hat nun für den inneren Markt nicht das gezeitigt, was man erwartet hat. Die Waren sind im Preise billiger, aber die Kaufkraft der Bevölkerung ist zurückgegangen. Das trifft insbesondere für die Landwirtschaft zu, deren Konsumkraft durch die stark herabgesetzten Preise gemindert ist, und da auch in der Industrie die Löhne reduziert sind, so ist für die große Masse der Bevölkerung in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit die Kaufkraft herabgesetzt. Amerika hat während des Krieges seine Industrie treibhausartig in die Höhe gebracht und für diese nun ganz auf den Krieg eingestellten Unternehmungen bestehen gegenwärtig keine Abnahmemöglichkeiten.

Ähnliche Erscheinungen zeigen sich in England. Die Kosten für die Lebenshaltung sind dort, gemessen an einer Indexziffer, die den Monat Juni 1914 in Vergleich stellt, auf 92 v. H. zurückgegangen, d. h. die Lebenshaltung in England ist gegenwärtig niedriger als zur Zeit vor dem Kriege. Die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes wird ähnlich wie in Amerika geschwächt durch Arbeitslosigkeit und Minderung des Einkommens. Der Exporthandel, der für England eine Lebensbedingung ist, findet nicht das Absatzgebiet, das ihm ehemals die weite Verbreitung gab.

Stellen wir nun im Vergleich hierzu die deutschen Verhältnisse, so ergibt sich, daß die Preise für unsere Lebenshaltung in den letzten Monaten in schnellem Tempo anwärtwärts gelaufen. Der Index der Kleinhandelspreise ist nach den letzten Ermittlungen des statistischen Reichsamtes auf 1550 gestiegen. Mitin ist bei uns eine enorme Steigerung der Kosten der Lebenshaltung eingetreten, verbunden mit einem Herabdrücken der Lebenshaltung. Diese Entwidlung wird nicht zum Stillstand kommen, vielmehr ist die Befürchtung zu hegen, daß weitere Aufwärtsbewegungen eintreten. Das Uebel liegt im engen Zusammenhang mit unserer gesunkenen Finanzlage und der Entwertung der Kaufkraft der Mark. Allerdings hat diese Entwertung der Kaufkraft der Mark uns eine Besserung in der Gestaltung des Außenhandels gebracht. Die Ziffern für den Monat Dezember des Vorjahres weisen 900 Millionen auf. Dieses relativ günstige Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß die Einfuhr sowohl im November wie im Dezember in der Höhe erheblich zurückgegangen ist. Das Fallen der Mark hat den Einkauf von Rohstoffen sehr behindert und findet damit die niedrige Ziffer der Einfuhr jene Erklärung. Trotzdem wir im Dezember im Vergleich zum Oktober eine Mindereinfuhr von rund 9 Millionen zu verzeichnen haben, ist die Wertsumme nur von 19,7 auf 19,3 Milliarden Mark gesunken. Dagegen ist im selben Zeitraum die Ausfuhr von 9,7 auf 14,6 Milliarden gestiegen. Das Ergebnis für den Monat Dezember wird uns natürlich nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, daß wir nunmehr in den kommenden Monaten mit einer aktiven Handelsbilanz abschließen, im Gegenteil, wir haben damit zu rechnen, daß der ungünstige Stand unserer Handelsbilanz sich nicht ändern wird. In der Zeit vom Mai bis Dezember vorigen Jahres weist unsere Handelsbilanz einen Einfuhrüberschuß von 12,7 Milliarden auf. Diese Summe deutet die enorme Unsicherheit unserer Bilanzlage an und die unangenehme Abwertung auf die Preisgestaltung im Inlande.

Unter diesen Umständen gewinnt der Anspruch des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, der am 27. Januar in Dresden tagte, eine ganz besondere Bedeutung. Die Herren haben wieder einmal ohne jede Rücksicht auf die Gesamtinteressen des deutschen Volkes mit der bei ihnen bekannten Ungeniertheit verlangt, daß nunmehr für das kommende Wirtschaftsjahr vollständig die Getreidebewirtschaftung freigegeben wird. Das würde bedeuten, daß wir gemessen an den gegenwärtigen Preis des Getreides, das wir vom Auslande beziehen, unseren Roggen mit ungefähr 8000 Mark die Tonne bezahlen müßten, gegenüber dem Friedenspreise ungefähr das 40fache. Wir schlagen mit dieser enormen, durchaus unbegründeten Preiserschöpfung unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt vollständig nieder, denn unsere Konkurrenzfähigkeit hielt sich nur aufrecht dadurch, daß die Kaufkraft der Mark im Inland immer noch höher war, als ihre Bewertung auf dem Auslandsmarkt. Das hört in dem Augenblick auf, wenn wir zeitlos mit allen Preisen für unsere Lebenshaltung an die Höhe des Auslandsmarktes kommen. Für die Herren der deutschen Landwirtschaft ist natürlich diese Frage nicht entscheidend, sondern sie urteilen nach ihrem unmittelbaren wirtschaftlichen Interesse; der enorme Gewinn, der ihnen zufließen muß, unterdrückt alle Bestrebungen einer gerechten Würdigung der Ansprüche.

In der Konzernbildung der deutschen Industrie sind weitere Fortschritte zu verzeichnen. Der A. E. G.-Linke-Hofmann-Konzern, der eine Vertikung der Elektrizitätsindustrie mit dem Maschinenbau und der Waggonfabrikation herbeiführt, ist zu einer weiteren Ausdehnung seines großen Interessentzweiges gekommen. Die A. E. G. und die Bingwerke werden die Herstellung von elektrischen Heizapparaten für die Industrie und den Haushalt unter der Firma Elektrotechnik G. m. b. H. mit dem Sitz in Nürnberg betreiben. Das Unternehmen soll zu einer technisch hohen Entwicklung geführt werden, um die größte wirtschaftliche Ausnutzung zu ermöglichen. Die A. E. G. in Berlin hat ferner mit der A. E. G.-Union, Elektrizitätsgesellschaft in Wien eine Interessengemeinschaft auf 30 Jahre zum Abschluß gebracht. Es wurde eine neue Aktiengesellschaft gegründet unter der Firma A. E. G. Werke, Aktiengesellschaft, die ein Aktienkapital von 500 Millionen Kronen ausgeben will. Es handelt sich hier um eine neue Verkaufsgesellschaft, die von Wien aus die Geschäfte nach dem Balkan, Jugoslawien und Polen betreiben will. Die Rheinische Handelsgesellschaft in Düsseldorf hat mit der alten angelegenen Aktiengesellschaft vorm. Gladenbed & Sohn in Berlin die Aufnahme in ihren Konzern durch den Erwerb der Aktien der Berliner Firma vollzogen. Wie es heißt, beabsichtigt man, das Berliner Unternehmen weiter auszubauen. Der gleiche Konzern nahm die Aktienmehrheit der mechanischen Treibriemenweberei und Lederreibriemenfabrik A.-G., Berlin-Tempelhof und ebenso die Firma Paul Grieger, mechanische Treibriemenweberei, in das Unternehmen auf.

Einige Unternehmungen sind wieder dazu übergegangen, größere Handelsfirmen anzunehmen. So haben die Mannesmann-Röhrenwerke die Handelsfirma Rheinberger & Sohn in Prag angekauft. Die Rhein-Elbe-Union wird in Niederländisch-Indien mit dem Hauptsitz in Wandoeng eine Niederlassung errichten. Es wird geplant, den Vertrieb von Waren und Konstruktionsmaterial zu betreiben sowie eine Verkaufsabteilung für Eisen ins Leben zu rufen. Die Firma Krupp wird einen Kneederel- und Transportbetrieb mit dem Sitz in Rotterdam eröffnen.

Sehr bemerkenswerte Konzentrationsbestrebungen sind in der Zuderindustrie zu beobachten. Es vollzieht sich eine Annäherung der Rohzuderfabriken zu den Raffinerien. Nachdem die Zwangsvereinigung aufgehoben ist, versuchen die Zuderaffinerien durch Angliederung der Rohzuderfabriken eine sichere Basis zu gewinnen für ihre volle Ausnutzung der Betriebsanordnung, indem sie ein Rohzuderquantum zur Verfügung haben, das ihren technischen Einrichtungen die volle Ausnutzung sichert. Wie gemeldet wird, hat die Vereinigung der mitteldeutschen Zuderfabriken der Zuder Raffinerie Halle ein Kaufangebot gemacht für ihre Aktien zum Kurse von 1000. Die Zuder Raffinerie in Köthen wird als große Raffinerie ausgebaut und es besteht die Absicht, die acht anhaltischen Rohzuderfabriken durch Lieferungsverträge anzuschließen.

Die Zuderfabrik Glaugitz ist in engere Verbindung eingegangen zu 4 Rohzuderfabriken. Diese Bestrebungen werden besonders noch dadurch begünstigt, daß in einem einheitlichen Betriebe eine nicht unwesentliche Ersparnis an der Umsatzsteuer eintritt wird. Die Vereinigung der mitteldeutschen Rohzuderfabriken hofft, daß sie bei der Umsatzsteuer, wenn die Umlage auf 2 a. H. jetzt zur Ausführung kommt, den Betrag von 18 Millionen Mark erspart. Das Beispiel ist sehr lehrreich für die Wirkung der Umsatzsteuer in wirtschaftlicher Hinsicht. Es ist anzunehmen, daß sehr bald diese Konzentrationsbestrebungen weitere Fortschritte machen, beeinflusst durch die hohe Besteuerung im Umsatz. So schafft sich die kapitalistische Entwidlung selbst die Anreizbedingungen für die Konzentration des Kapitals.

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Schiffsname	Kapitän	Vertunftsport	Fahrtzeit	Loge	Art
	Angekommen am 5. Februar.					
D.	Spanien	Greenfeldt	v. See			
D.	Wella	Seonlon	v. See			
D.	Mira	Gronit	v. See			
D.	Rinland	Doimberg	v. See			
D.	Mira	Grund	v. See			

Verantwortlich: Für Inhalt und Vollständigkeit Dr. J. Leberz für Freiheit Lübeck und Reuvelton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Sahn; für Interaktion Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

# Billige Februar-Angebote

## in unserer Abteilung für Damen-Kleidung

Blusen	Kleider Röcke	Neue Uebergangs Mäntel	Kleider
Bluse gestreift 79-	Rock marineblauer 98-	Mantel a. schw. Stoff 390-	Kleid farb. Popeline 490-
Bluse Sportflanell 98-	Rock Cheviot 165-	Mantel m. Stepperei 375-	Kleid marine Cheviot 695-
Bluse hell u. mittelfarbig 175-	Rock marine Cheviot mit Falten 265-	Mantel imprägn. Stoff 590-	Kleid mit Tressen... 790-
Jumper gestreift Popeline 295-	Rock Kammg.-Chev. m. Falt.-Garn. 295-	Mantel covertcoat-artig. Stoff 790-	Kleid einfarbiger Woll-Popeline 985-
Jumper Eoienne versch. Farb.	Rock reinw. Kammg. Faltenfassen..	Schlüpfer cov. art. Stoff.	Kleid Kammg.- Serge m. farb. Sticker.

# Holstenhaus

Lübeck \* Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. \* G. m. b. H.

1 Mengenabgabe vorbehalten

### Beachten Sie nicht Ihre Ware!

Zahle für Sing-Schweiß-Bierchaare  
per Kilo Mk. 115.—, 120.—, 130.—  
Hauswandlumpen — per Kilo Mk. 1.90  
Knochen . . . . . 1.30  
Geb. Zeitungen . . . . . 1.30  
Altes Eisen per Kilo Mk. 1.10 u. 1.30  
Für sämtliche Kette, Kupfer, Zink, Blei,  
Messing, Wähnen, rein gew. Schwei-  
shaare, sowie roth. Schweinshaare zahle  
die höchsten Tagespreise.  
Heberziehe jede Konfurrenz!  
Werkhof am Nr. 5 Gartenstr. Nr. 5  
Obeng. Preise nur b. Sonnabend-Abend  
(2744) **R. Lissauer.**

### Achtung! Zimmerer

Bezirk Lübeck.  
Die Versammlung am  
Dienstag, dem 7. Febr.,  
findet nicht statt.  
(2765) Der Vorstand.

„So litt ich 8 Jahren an  
gelähmtem Ausschlag mit  
kurz-  
barem  
**Grün-  
Jüden**  
Durch ein halbes  
Guld Zucker's  
Patent-Medizinal-Selle habe  
ich das Übel völlig beseitigt.  
S. S. Polly-Serg. — Dazu  
Zucker-Creme (nicht haltend  
u. fettlos). In all. Apothek.,  
Drogerien u. Parfümerien.  
(12762)

### Schirmreparatur

Ed. Tesmann  
(2754) Hundesir. 45.

### Zelle,

Marder, Hähne,  
Fische, Gänse, Kamin  
u. s. w. (12749)  
kauft zu höchsten  
Tagespreisen  
**Isaac Frankenthal**  
Lübeck, Beckergroße 53.  
Fernsprecher St. 1.  
Sonnabds. geschl.  
Bitte genau die  
Adresse zu beachten.

### Wohlthätigkeits- Berlohnung

zum Beisein der Zentrale  
für private Adressen.  
Ziehung 14. Febr. 1922.  
Lose à 1.— Mk.  
und zu haben in der  
Zentrale für private  
Adressen, Sonntag, 19.,  
und in den fernstlich ge-  
machten Geschäften.  
1. Hauptgewinn: 1 Zettel  
Geldschein.  
2. Hauptgewinn: 2 Zettel  
Geldschein.  
3. Hauptgewinn: 11 Zettel  
Geldschein. (12760)

### Achtung, Sparklubs!

**Sparkassen-  
Rücher**  
in übersichtlicher Auf-  
machung vorrätig in der  
Bücherei  
**H. Meyer & Co.**  
Johannstr. 46.

## 3 Tugyn Rummel

Sie teiltweise, um die Vorteile auszunutzen,  
die Ihnen geboten werden bei (12751a)

## Robert Jentzen

50 Huxstraße 50

Leder- und Schuhmacherbedarfs-Artikel  
Spez.: Gummi-Sohlen und -Absätze  
Reform-Schuhreparatur und Stepperei-Großbetrieb  
Telephon 2878.

## Wie bekannt

zahle ich die höchsten Tagespreise für  
Lumpen, Eisen, Knochen, Papier, geb. Zeitungen,  
Kloppen, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Zelle u. Haare  
bei reeller Abnahme. (12773)  
**S. Kramer, Krähenstraße 18.**



## LÜBECKER EDEL-METALLHAUS

Die erste Absatzstelle am Platze  
**Nur Beckergroße 18.**  
Nächstehend feste Preise zahlen wir für:  
**Gold** bruch fein, pr. Gr. 125,00  
**Gold** 750, pr. Gr. 85,00  
**Gold** 585, pr. Gr. 67,00  
**Gold** 583, pr. Gr. 37,00  
**Silber** fein, pr. Gr. 3,40  
**Silber** bruch, pr. Gr. 2,50  
**Silber** SO gest., pr. Gr. 2,40  
**Silber** ungest., pr. Gr. 2,40  
**Platin** rein, pr. Gr. 400,00  
**Gebisse** mit echten Platinzähnen, pr. Zahn bis Mk. 100,00  
sowie Brillanten, Uhren, Doublees  
und Schmucksachen aller Art.  
**Beckergroße 18.**

## Zentralhallen.

Morgen Dienstag: (12775)  
**Großes Tanzfränzchen.**  
Am 19. Februar: **Großer Maskenball.**

## Luisenlust. Familien-Maskenball.

Sonnabend, 11. Febr.  
**STOCKELSDORF.**

## Öffentl. Versammlung

am Dienstag, dem 7. Februar 1922,  
abends 8 Uhr,  
im großen Saale der „Brauerei Zadenburg“.  
Vortrag des Herrn **Eckholdt-Lübeck**  
über die  
**Vereinigung von Stadt und Provinz Lübeck.**  
Der Saal ist geheizt. (12761)  
**Ausschuß für die Vereinigung Lübecks  
und benachbarter Landestelle.**

## Sozialdemokr. Verein Lübeck.

Dienstag, den 7. Februar 1922,  
abends 7 1/2 Uhr.

## Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung: (12553)  
1. Abrechnung vom 4. Quartal.  
2. Finanz- und Steuerverwaltung. Redner: Minister-  
präsident Gen. **Johns Stelling**, Schwerin.  
3. Aussprache.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.  
 Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitglieds-  
buches.  
Der Vorstand.

## Konsum-Verein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

## Bezirks- Versammlung

für die Mitglieder der  
Warenabgabestellen  
2, 14 und 40

## Holstentor- Nord

am Mittwoch, dem 8. Februar  
abends 7 1/2 Uhr,  
im Konzerthaus Friedrichshof  
Schwartauer Allee 111.

## Tagesordnung:

- I. a) Geschäftsbericht.
- b) Verlegung des Ge-  
schäfts-jahres.
- c) Erhöhung des Ge-  
schäftsanteils.
- d) Eigene Bäckerei.
- II. Bericht des Genossen-  
schaftsrats.
- III. Ergänzungswahl des-  
selben. (12764)
- IV. Genossenschaftliches.  
Wegen der wich-igen  
Tagesordnung bitten wir  
um recht zahlreichen Be-  
such. Der Vorstand.

## Reichsvereinigung ehem. Kriegsgelang.

Dienstag, 7. Februar,  
abends 8 Uhr.

## Mitglieder- Versammlung

in „Drei Ringe“.  
Erscheinen dringend er-  
forderlich.  
Aufnahme neuer Mit-  
glieder vor der Ver-  
sammlung.  
(12748) Der Vorstand.

## Hansatheater.

Heute Montag,  
(12766) 7 1/2 Uhr:  
Das Milliardensouper.  
Dienstag, 7 1/2 Uhr:  
9. Vorst. i. Dienst.-Ab.  
Spanische Nachtigall.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
Hohlt tanzt Walzer.

## Stadttheater Lübeck

Dienstag, 7. Febr., 7.80  
Carman.  
24. Ab.-Vorst. 8. Febr., 8.30  
Zum letzten Male:  
**Peer Gynt.**  
(Auger-Abon.)  
Donnerstag, 9. Febr., 7.80  
Figaros Hochzeit.  
25. Ab.-Vorst. 8. Febr., 8.30  
Freitag, 10. Febr., 7.11  
Maebeth. (19778)  
25. Ab.-Vorst. 8. Febr., 8.30

## Billige Feurung!

10000 Zentner  
**Buchen-  
Stubbenholz**  
sehr heizkräftig und trocken  
**Mk. 15.— pro Zentner**  
Bestand nur ab Lager Geniner Uier,  
Kofswert bei der Gasanheit.  
**Posschl's Kohlenhandel**



## DIE DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT

Das Räderwerk  
ist die deutsche Volkswirtschaft  
in übersichtlicher Auf-  
machung vorrätig in der  
Bücherei  
**H. Meyer & Co.**  
Johannstr. 46.







